

GÖTTINGER BLÄTTER

01.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

▶ Mäzenatentum gespickt mit millionenfachen Steuermitteln.

Das sogenannten Kunstquartier in der Düsternen Straße soll auf Kosten bestehender Kultur-Projekte realisiert werden

Gegen privates bürgerschaftliches Engagement ist ja grundsätzlich nichts einzuwenden und auch nicht gegen Kultursponsoring im beträchtlichen Umfang. Reichtum ist halt eben in unserer Gesellschaft so ungleich verteilt, so dass es sich einige wenige spielend leisten können, gönnerhaft zu wirken, um Bürger/innen mit ihren Geschenken beglücken zu können.

Also, in diesem kapitalistischen System ist nichts grundsätzlich dagegen einzuwenden, wenn Gerd Steidl sich als Mäzen für das Kunstquartier und ein „Grass-Memorial“ betätigt; ein großer Teil der Düsternen Straße befindet sich ja sowieso schon in seinem Besitz.

Dadurch aber, dass das momentan auf 9,3 Millionen Euro bezifferte Projekt dann doch im Wesentlichen durch Steuermittel finanziert wird (7,9 Millionen Bundesmittel, 500 000 Euro aus dem Stadtsäckel), stellt sich die Situation doch etwas anders dar:

Alle stöhnen über den finanziellen Bedarf für die Flüchtlingsunterbringung. Da könnten sich Bund, Land und Stadt doch in einer konzertierten Aktion engagieren.

Die kleinen Kulturinitiativen in Göttingen beklagen zu recht, dass ihre Zuschüsse durch die Stadt seit Jahren stagnieren und neue Impulse keine Chance auf Förderung haben. Da könnte doch ein Teil der jetzt schon für die Stadt berechneten anteiligen jährlichen Folgekosten von 180

000 Euro für das Kunstquartier einfließen. Beim städtischen Museum – das wohl nun doch am Ritterplan bleiben soll, beim Stadtarchiv und bei Ausstellungen im Alten Rathaus die Summe einzusparen, ist nun auch nicht gerade originell und eher kontraproduktiv.

Na ja, und dann kommt mal wieder „die Keule“: Wenn Rat und Bürgerschaft bei dem Vorhaben nicht so mitziehen wie vorgeschlagen, sollen Fördermittel in Millionenhöhe verloren gehen. Fördermittel aber sind Steuergelder der Bürger/innen, egal ob sie an den Bund, das Land oder die Kommune abgeführt werden müssen.

(gn)

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Mäzenatentum in Gö.	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE.	9
Die LINKE. Europa	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Mietpreisteigerungen in Gö.12	

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2015
ist der 16. Januar.
Auslieferung am 22. Januar.

▶ Zum Luxemburg-Liebknecht-Wochenende:



FRIEDEN STATT NATO

XX.

Internationale Rosa Luxemburg Konferenz

10. Januar 2015 | URANIA, Berlin
Einlass: 10 Uhr, Beginn: 11 Uhr

junge Welt

Die Konferenz wird unterstützt von mehr als 30 Organisationen und Gruppen.

Beteiligte von:
Rachika Desai, Ökonomin, Universität Manitoba, Kanada
Otto Köhler, Publizist
Oskar Lafontaine, Politiker und Publizist
Peter Mertens, Vorstand der Partei der Arbeit (PDA), Belgien
René González, Cuban Five, Kuba
Grüßenschaft von Mumia Abu-Jamal, Journalist und politischer Gefangener, USA
Hans Modrow, ehemals, DDR-Ministerpräsident, Vorsitzender des Altstarates der Partei Die Linke
Sharon Dole, Friedens- und Abrüstungsaktivistin, Inhaftierte, Israel
Liam Washington, Journalist, USA
Ivan Rodionov, Chefredakteur RT deutsch, Russland

Podiumsgespräch:
Der Abschied der Linken vom Antimilitarismus
Willy Wimmer, Politiker, ehemals Vorsitzender der ÖSD
Oskar Lafontaine, Politiker und Publizist u.a.
Ralf Becker, Chevinvener, Moderation
Arnold Schödel, W. Chefredakteur

Konferenz:
Dota Kehr (Die Klugeproduzenten) mit Jan Rohrbach & Special Guests: Gian Paolo Piretti (Fischbrot) von Banda Bassotti
The Police, belgische Folkepunkbande, etc.

Ausstellungen:
Kunstaustellung Gruppe Tendenz: „Nicht, wir wollen keine Kräfte nicht – eine bessere Welt ist möglich.“ (in Friedrichsfelde)
120 Jahre Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

14 Uhr Parallelprogramm:
Jugendforum im Kleinhaus
14 Uhr JugendTV – Die Privatisierung der Arbeit und kämpferische Strategien in Lohnkämpfen

Konferenzsprache:
Deutsch, Englisch und Spanisch (Simultandolmetschung)

Vollständiger Programmablauf:
www.rosa-luxemburg-konferenz.de
www.jungewelt.de

Ticket und Infos unter:
www.rosa-luxemburg-konferenz.de
oder in der URANIA, Tor 6, 10719 Berlin-Mitte (U2 Rosa-Luxemburg-Platz/Oranienburgerstr.)
Montag-Donnerstag 11–18 Uhr, Freitag 10–14 Uhr, Sonntag 11–14 Uhr
Tel. 0 30 53 63 55 56

Aufruf

zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebkecht-Luxemburg-Ehrung am 11. Januar 2015 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

Mehr zum LL-Wochenende auf der DKP-Seite (S.4)



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Beschluss des Bundesausschusses der VVN-BdA vom 29.11.2014:

► Keine Zusammenarbeit mit sog. „Mahnwachen“-Bewegung

„Eine Zusammenarbeit mit den ‚Mahnwachen‘ kommt für die VVN-BdA nicht infrage.

Deshalb unterzeichnen wir keine Aufrufe für den ‚Friedenswinter‘, die von Mahnwachen oder deren Vertreter_innen unterschrieben werden.

Alle Gliederungen werden aufgefordert, vor der Teilnahme an Veranstaltungen des ‚Friedenswinters‘ zu prüfen, wer die örtlichen Aktivitäten organisiert, bewirbt und prägt.“

Begründung:

Im März 2014 fanden die ersten „Mahnwachen für den Frieden“ statt. Thema war vor allem die Situation in der Ukraine, von der die Teilnehmenden befürchteten, sie könnte zum „3. Weltkrieg“ führen. Schnell kam es zur Gründung eines Dachverbands „Friedensbewegung 2014“, in dem die lokalen Initiativen zusammengeschlossen sind. Was „spontan“ und „unorganisiert“ wirkt, wurde allerdings von Personen initiiert, die entweder selbst rechts

verortet sind, wie der Querfront-Strategie Jürgen Elsässer, der AfD-Anhänger mit Sympathien für Nazis Lars Mährholz und der Antisemit Ken Jepsen oder von solchen, die keine Notwendigkeit sehen, sich nach rechts abzugrenzen.

Querfront-Strategie zeichnet sich in der Praxis aus durch Konzentration auf ein Ziel, das angeblich „ideologiefrei“ durch breite Mobilisierung „nicht links, nicht rechts, sondern vorwärts“ (J. Elsässer) verfolgt wird. Dem entspricht z.B. der Verhaltenscode, dass keine Erkennungszeichen von Organisationen bei „Montagsmahnwachen“ gezeigt werden dürfen. Inhaltlich wird dies durch die platte Art von „Kapitalismus“- und „Imperialismus“-Kritik deutlich, die immer dort auftaucht, wo Rechte versuchen, linke Themen zu besetzen. Statt Analyse komplexer Zusammenhänge geht es da um simple antiamerikanische Ressentiments und undifferenzierte Pro-Russland-Haltung, die Ablehnung des „Zinssystems“, das angeblich den Kern des Kapitalismus ausmacht und – seit Beginn des jüngsten

Gaza-Krieges – um einseitige Israel-Schelte. Dazu kommen eine allgemeine „Eliten“-Kritik mit Schwerpunkt auf Banken, Politiker und Medien, die – direkt oder indirekt - als Teile einer Verschwörung dargestellt werden.

Dass bei den „Montagsmahnwachen“ jede Menge Menschen unterwegs sind, die einen erheblichen Teil ihres Lebens online verbringen und davon überzeugt sind, dass „die Wahrheit“ im Netz verbreitet wird, passt dazu.

Nun wird uns immer wieder vorgehalten, dass Mahnwachen und Ihre Vertreter_innen – auch die oben genannten – sich inzwischen eindeutig antifaschistisch positioniert hätten. Dazu wird auch gern ein im Oktober in Zeitz gefasster Beschluss zitiert, den Lars Mährholz in einem Schreiben an die Mahnwachen zur Kenntnis gebracht hat. Bereits der 2. Teil des Schreibens macht deutlich, dass es sich dabei um ein rein taktisches Lippenbekenntnis handelt: die rechten Inhalte werden nicht zurückgewiesen, sondern lediglich als der Diskussion nicht zuträglich und verzichtbar qualifiziert.

Fazit: In Zeiten, in denen Rechte offensiv versuchen linke Themen zu besetzen, sind wir gut beraten, genau hinzusehen, mit wem wir uns in eine Reihe stellen, genau hinzuhören was gesagt wird und uns von jedem Querfront-Versuch zu distanzieren.

► Internationale Solidarität

Am 5. Dezember 2014 besuchte eine Delegation aus Cuba im Rahmen einer

bundesweiten Veranstaltungsreihe auch Göttingen. Auf Einladung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba stellten Jorgito Jerez, sein Vater Jorge sowie der Regisseur Tobias Kriele den Dokumentarfilm „Die Kraft der Schwachen vor“, der am Beispiel Jorgitos aufzeigt, wie das sozialistische Cuba auch Bürgern mit körperlichen Behinderungen eine volle Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, eben gelebte Inklusion.

Am 6. Dezember hatten wir als VVN-BdA Göttingen auf Wunsch der cubanischen Gäste die Gelegenheit, die faschistische Vergangenheit

Deutschlands am Beispiel der Zwangsarbeit in Göttingen darzustellen. Beide Gäste betonten die Wichtigkeit, über die faschistische Gefahr breit aufzuklären und bestehende faschistische Strukturen aktiv zu bekämpfen, da nicht nur in Europa, sondern auch in Lateinamerika faschistische Bewegungen wieder Zulauf erhalten. Am Mahnmal vor der Lokhalle entstand zum Abschluss ein gemeinsames Erinnerungsfoto.

Auf diesem Wege wünschen wir all unseren VVN-Kameraden, der Leserschaft der Göttinger Blätter sowie unseren cubanischen Companeros ein erfolgreiches Jahr 2015, das für uns im Zeichen des 70. Jahrestags der Befreiung vom deutschen Faschismus stehen soll. La lucha sigue!



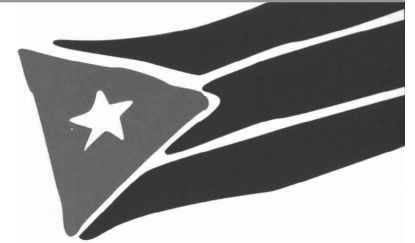
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 13. Januar 2014

Das Treffen findet um 20:00 im Berliner Hof statt



VNB unser Kooperations-
u. Bildungspartner:
Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Zurück in Havanna

Kubanischer Arzt nach Ebola-Erkrankung wieder zu Hause. Félix Báez kündigt bereits an, wieder nach Sierra Leone gehen zu wollen

Félix Báez ist gerade erst wieder gesund, doch schon brennt er darauf, wieder an seinen Einsatzort reisen zu können. »Ich werde beenden, was ich begonnen habe. Ich kehre nach Sierra Leone zurück«, sagte er am Samstag abend (Ortszeit) in Havanna.

Báez ist einer von mehreren hundert Ärztinnen und Ärzte aus Kuba, die seit Oktober in Westafrika den Kampf gegen die Ebola-Seuche unterstützen. Als bisher einziger seiner Kollegen steckte er sich dabei im November selbst mit der Krankheit an. Er wurde in die Schweiz ausgeflogen, wo er im Universitätskrankenhaus von Genf (HUG) bis zu seiner Genesung behandelt wurde. Am Freitag stellten die Mediziner dort dann fest, dass Báez wieder vollkommen gesund sei, so dass er mit einem regulären Linienflug in seine Heimat zurückkehren konnte. Dort wurde er von seinen Angehörigen und vom kubanischen Gesundheitsminister Roberto Morales empfangen.

»Ich bin sehr froh, in mein Heimatland zurückgekehrt zu sein«, sagte er den wartenden Journalisten. »Vielen Dank an alle, ich bin glücklich, hier zu sein.« Die Erkrankung des Mediziners hatte auf der Insel große Anteilnahme ausgelöst. Die kubanischen Medien berichteten detailliert über die neuesten Entwicklungen, unzählige Menschen richteten Genesungswünsche an den Erkrankten. »Millionen Kubaner am Kopf eines Bettes«, kommentierte das Mitte November die Tageszeitung Granma. In der Jugendzeitung Juventud Rebelde dankte der Sohn des Arztes, Alejandro Báez, für die unzähligen, mutmachenden Grüße aus dem ganzen Land und richtete eine Botschaft an seinen Vater: »Papa, sei stark, alles wird gut. Hier wartet ganz Kuba auf dich!«

Jorge Pérez, der Direktor des in einem Vorort von Havanna gelegenen Tropenmedizinischen Instituts »Pedro Kourí« (IPK), hatte Báez in Genf abgeholt und

war voll des Lobes für die Schweizer Ärztinnen und Ärzte. Die Beziehungen zu den dortigen Spezialisten seien »wunderbar« gewesen. Sie hätten die Selbstlosigkeit der kubanischen Ärzte anerkannt, die sich als erste freiwillig für den Kampf gegen die Ebola gemeldet hätten. Zugleich habe sie auch beeindruckt, wie sich die kubanischen Behörden unermüdlich um ihren Landsmann gesorgt hätten. Diese »Beweis, dass die Revolution ihre Kinder nicht im Stich« lasse, habe bei vielen Angehörigen der dortigen Belegschaft das Verständnis für die Realitäten Kubas gestärkt. »Die Pfleger haben eine sehr schöne Beziehung zu Félix aufgebaut. Sie schrieben ihm kleine Briefe, die sie ihm durch das Fenster der Isolierstation zeigten. Und als er aus dem Krankenhaus entlassen wurde, haben sie ihm einen Pullover mit der Unterschrift aller Personen geschenkt, die ihn betreut haben.«

Auch Báez selbst dankte den Schweizer Mediziner: »Die Betreuung im Krankenhaus war einzigartig. Ich war vollkommen überzeugt davon, dass ich gerettet werden und zurückkehren würde«, sagte er in Havanna, während er seine Frau Vania Ferrer und seinen Sohn Alejandro umarmte. »Ich hatte wie wir alle eine große Verpflichtung gegenüber der Revolution und konnte nicht zulassen, sie nicht zu erfüllen: Heil und gesund nach Hause zu kommen.«

Derzeit sind in Westafrika 256 kubanische Ärzte im Einsatz, um zum Kampf gegen die Ebolabeizutragen. Die meisten von ihnen arbeiten wie Félix Baez in Sierra Leone, weitere in Liberia und in Guinea. Die Seuche hat nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO bislang mehr als 6100 Menschen getötet, insgesamt seien über 17.000 Fälle der Krankheit diagnostiziert worden.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Aufruf

zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 11. Januar 2015 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

Schlafwandelnd, so soll uns eingeredet werden, seien die europäischen Nationen in den I. Weltkrieg geraten. Hintergründe? Unwesentlich. Interessen? Uninteressant.

Wir bleiben bei Rosa Luxemburg, die 1915 schrieb: „Auf seinen objektiven historischen Sinn reduziert ist der heutige Weltkrieg als Ganzes ein Konkurrenzkampf des ... Kapitalismus um die Weltherrschaft.“

Geht es der Reaktion in den USA und in der EU, geht es der NATO – und deren Verbündeten im Geiste und im Profit - heute weltweit um etwas anderes, als letztlich um Kapitalinteressen?

Wir bleiben bei Karl Liebknecht, der im Dezember 1914 im Reichstag als einziger gegen die Kriegskredite gestimmt hatte.

Gerade im 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus sagen wir Nein zu Kriegen und Militärinterventionen sowie deren Vorbereitung und Begleitung durch das Trommelfeuer der Mainstream-Medien. Wir sagen Nein zu ideologischer Kriegstreiberei, die durch verharmlosende Begriffe verschleiert werden soll. Kriege zu führen heißt nicht, Verantwortung zu übernehmen, sondern bedeutet Verantwortungslosigkeit, bedeutet Mord und Zerstörung. Wir sagen Nein zu jeglichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Nein zu weiteren NATO-Stützpunkten in Osteuropa. Wir sagen Nein zu Rüstungsexporten und Drohnenmorden.

Wir sagen Nein zu allen Versuchen, das System der Profitmaximierung zur letzten Antwort der Geschichte zu erklären.



Wir sagen Nein zu stetig wachsendem Sozialabbau und der damit einhergehenden Entwürdigungen von Millionen

Menschen. Wir sagen Nein zur weltweiten, der Kapitalherrschaft dienenden Spitzelei durch NSA, BND und andere Geheimdienste, die die bürgerliche Demokratie zur Farce werden lassen. Wir sagen Nein zu alten und neuen Nazis und

deren in Krisenzeiten besonders gefährlicher sozialer Demagogie. Wir sagen Nein zu Rassismus, zu Antisemitismus, Antiziganismus und zur Islamfeindlichkeit. Wir sagen Nein zur Festung Europa.

Wir – Linke unterschiedlicher Strömungen – demonstrieren friedlich gegen Kriege, für Menschlichkeit und Internationalismus. Wir sagen JA zu einer solidarischen, friedlichen und sozial gerechten Welt.

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 06. Januar, 20.00 Uhr

Vorbereitungen für den 8. Mai 2015 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Dienstag, 20. Januar, 20.00 Uhr

EON EOFF: Wie ein Energie-Multi seine Schulden tilgen will

Dienstag, 27. Januar, 20.00 Uhr

Vortrag und Diskussion zur Geschichte und Gegenwart Indiens

Ergebnis der Mitgliederversammlung vom 09. 12. 2014

Nach einer ausführlichen Diskussion um die Teilung der DKP-Göttingen in zwei eigenständige Grundorganisationen hat die Versammlung beschlossen, dies nicht zum jetzigen Zeitpunkt vorzunehmen, da eine relativ große Zahl der Anwesenden Bedenken zeigte. Das Thema soll bei der regulären KMV im Mai/Juni 2015 erneut diskutiert werden. (gs)

SDAJ auf der Rosa Luxemburg Konferenz

11.00 Uhr: Alternative Stadtführung Berlin

Die SDAJ lädt zu einer Führung an jene Orte ein, die mit der Novemberrevolution 1918 verbunden. Wir treffen uns am 11. Januar um 11 Uhr bei der Ampel an der Ecke Kleiststraße/An der Urania (direkt vor dem Urania-Gebäude). Achtung: Die Teilnehmer sollten im Besitz einer in der Tarifzone A gültigen Fahrkarte sein!

14 Uhr: Parallelprogramm Jugendforum im Kleistsaal:

„Arme Jugend?!“ –

Die Prekarisierung der Arbeit und kämpferische Strategien in Lohnkämpfen“ Die ab dem Jahr 2015 geltende Mindestlohnregelung ist eher ein Schweizer Käse als eine wirksame Garantie der Lohnuntergrenze. Und selbst wer Mindestlohn bekommt, ist vor Armut nicht gefeit. Mit Vertretern der SDAJ diskutieren Aktivisten aus der Gewerkschaftsjugend sowie aus linken Jugendorganisationen und -bündnissen.

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► „Grobian“ Hendrik Falkenberg rückt in den Ortsrat Grone nach!

Nachdem Civar Akad sein Mandat niedergelegt hat, ist Hendrik Falkenberg ab Januar 2015 für die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke als Nachrücker in den Ortsrat eingezogen.

Schon mit 5 Jahren zog er in die Helholtstraße und ist dort groß geworden. Trotz einiger Jahre der „Aushausigkeit“, ist Grone, wohin er vor rd. 10 Jahren auch wieder zurückkehrte, immer sein Zuhause geblieben:

Seinen Zivildienst leistete er im Zentrum für ältere Menschen. Seit 1987 ist er im Stadtteil aktiv in der Groner Bürgerinitiative Antifaschismus (GROBIAN) mit Flugblattverteilungen, Infoveranstaltungen, Internationalen Straßenfesten, kleinen Demos, bei den FilmFreundeGrone oder auch mit der Teilnahme an der Kulturenmesse usw.

Anfang der 90-er gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des Groner Runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit.

Er war Vertreter für Bürgerinitiativen im Unterausschuss des Programms „Soziale Stadt“ in Grone, sowie – bis heute – im Vergabeausschuss des Verfügungsfonds „Aktiv für Grone“.

2008 wurde er bei der Gründungsversammlung zum 1. Vorsitzenden des Vereins zur Förderung interkultureller Nachbarschaft (IN-Grone) gewählt. In dieser Funktion nimmt er an den Vereinsvorstandesitzungen teil.

Gute Kontakte werden ihm zu etlichen Vereinen und Institutionen nachgesagt: Zum einen über die gemeinsame, partnerschaftliche Organisation der Straßenfeste aber auch über Netzwerkarbeit mit anderen im Stadtteil Tätigen wie Arbeit



Hendrik Falkenberg, geb. 1966

und Leben oder die Kolleginnen der Beschäftigungsförderung.

Er arbeitete aktiv schon im Vorfeld des Stadtteilbüros, dann Stadtteilzentrum, bis zum Nachbarschaftszentrum mit den dortigen Akteuren zusammen. Als Tom Oestereich für die Göttinger Linke im Ortsrat war, hat Hendrik Falkenberg diesen bereits eng begleitet und die Ortsratssitzungen gemeinsam mit ihm vorbereitet.

GROBIAN wünscht ihm viel Erfolg!
(gs)

► Winterkino Grone

Die FilmFreundeGrone haben sich neu konstituiert und bereiten das „Winterkino Grone“ mit drei Kinoabenden im 1. Quartal d.J. vor (s. Kästen rechts). Die Jona-Gemeinde, in der auch die Filme gezeigt werden, die Bürgerinitiative Grone-Süd zum Erhalt der Wohnqualität e.V und die Groner Bürgerinitiative Antifaschismus (GROBIAN) wollen hiermit ein „Winterkino“ in den Monaten Oktober bis März, mit monatlich einem Filmabend etablieren: Gute Filme, Freunde treffen, ein wenig essen und trinken.

Zukunftsmusik ist, dass ein solches kulturelles highlight gleichzeitig in Grone-Nord stattfindet. Aber dazu braucht es neue Partner, die die dortigen Veranstaltungen tragen. Know-how kann es von den Film-Freunden geben. (gs)



Das Winterkino Grone zeigt „Freundschaften“

23. Januar
Ziemlich beste Freunde

27. Februar
Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran

20. März
Madame Mallory und der Duft von Curry

in der Jona Gemeinde
(Eingang neben der „Schreibwarenecke“)
ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr

Eintritt 1 € (für Verzehrbon)
Es werden Speisen und Getränke angeboten

Winterkino Grone

Ziemlich beste Freunde

Seit er bei einem Gleitschirmflug abgestürzt ist, ist Philippe vom Kopf abwärts gelähmt. Als er einen neuen Pfleger sucht, steht der gerade aus dem Gefängnis entlassene Driss in seinem Wohnzimmer. Philippe stellt Driss ein, und der krempelt nach und nach das Leben des Adligen um.

Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran

Der jüdische Junge Moses lebt ein ziemlich freudloses Leben. Monsieur Ibrahim wird überall nur „Der Araber“ genannt. Schon länger fällt ihm Moses auf, wie er durch die Straßen schleicht. Er nimmt sich des 13-jährigen an.

Madame Mallory und der Duft von Curry

Die indischen Kadam-Familie will ein indisches Restaurant auf der gegenüberliegenden Straßenseite des piekfeinen, mit einem Michelin-Stern ausgezeichneten Restaurants „La Saule Pleureur“ eröffnen. Die Besitzerin Madame Mallory ist alles andere als erfreut. Da entschließt sich der begnadete Sohn der Familie, bei Madame in die Lehre zu gehen.

Das Winterkino Grone wird veranstaltet von den



eine Kooperation der Jona Gemeinde, der „Bürgerinitiative Grone-Süd zum Erhalt der Wohnqualität e.V.“, und der „Groner Bürgerinitiative Antifaschismus“, unterstützt vom Ortsrat Grone und „Aktiv für Grone“.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung im Dezember

Dienstag, 3. Februar, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben,
Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Kampagne „Das muss drin sein. Leben ohne Zumutungen.“
3. Vorbereitung Landesparteitag am 7./8. Februar
4. Kreisvotum für Kandidatur Landesvorstand
5. Berichte aus den Ortsverbänden und der Kommunalpolitik
6. Asylpolitik und Aufnahme von Flüchtlingen in Göttingen
7. Anträge
8. Termine/Verschiedenes

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Montag, 12. Januar 2015, 19.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Formalia
2. Schwerpunktthema: KPD-Verbot (Referent: Peter Dürrbeck)
3. Ausblick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr
4. Anträge, Verschiedenes

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Freitag, 30. Januar 2015, 19 Uhr, Gaststätte zum Onkel Paul, Siebenturmstr. 9, Hann. Münden

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Donnerstag, 15. Januar, 18.00 Uhr bei Uli Maschke, Tulpenweg 2A, Dransfeld
Themen sind der Naziaufmarsch am 28.02.15 in Güntersen sowie die Feier und Kundgebung zum Tag der Befreiung am 08.05.15 auf dem Kirchenvorplatz in Dransfeld.

OV Rosdorf Jahreshauptversammlung:

Mittwoch, 14. Januar 2015, 19.30 Uhr im Balkangrill, Masch 25, Rosdorf
Neuwahlen der OV-Sprecher und Planung der weiteren Arbeit

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Veranstaltungsreihe Roter Salon:

Wie finanzgetrieben ist der zeitgenössische Kapitalismus?

Streitgespräch mit Dr. Joachim Bischoff und Prof. Dr. Wolfgang Krumbein

Donnerstag, 15. Januar 2015, 19.00 Uhr, Arbeit und Leben,
Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Der Begriff „Finanzmarktkapitalismus“ wird von vielen Linken verwendet, um eine neue Epoche des Kapitalismus seit Mitte der 1970er Jahre zu kennzeichnen, die eine Fortentwicklung vom traditionellen Industrie- und Manager-Kapitalismus darstellt. Staaten und Unternehmen sind der Logik des Finanzmarktgeschehens (insbesondere den Aktienmärkten) unterworfen und zur kurzfristigen Profitmaximierung gezwungen.

Zwei konträre Positionen stehen sich gegenüber:

Während Joachim Bischoff diesen „Finanzmarktkapitalismus“ nicht für zukunftsfähig hält und eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft und die Rekonstruktion sozialer Sicherheit fordert, widerspricht Wolfgang Krumbein der Theorie des „Finanzmarktkapitalismus“. Finanzbereich und Realökonomie seien nicht entkoppelt, sondern verkoppelt. Die Realökonomie werde nicht vom Finanzbereich dominiert.

Dr. Joachim Bischoff, Publizist, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus und ehemaliges Mitglied der Hamburger Bürgerschaft

Prof. Dr. Wolfgang Krumbein, Institut für Regionalforschung an der Universität Göttingen

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546

rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457

Festnetz: 0551-40137061

eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail:SL-Goettingen@web.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457

oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial: In der diesjährigen Dezemberratssitzung ging es statt der Haushaltsverabschiedung um verschiedene Anträge, wobei der gemeinsame Antrag von uns und den Piraten eine besondere Rolle spielte. Aber auch unser Antrag zum Kunstquartier war erfolgreich.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

Antrag GöLi- und Piraten-Ratsfraktion für den Rat am 12.12.2014 ‚Qamişlo‘

Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:

„Die Verwaltung prüft bis zur nächsten Ratssitzung, welche Bedingungen für eine Städtepartnerschaft oder Städtekooperation (ähnlich wie mit La Paz Centro) mit Qamişlo erfüllt sein müssen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit Civaka Azad - dem kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V. - gesucht werden.“

Dazu ein Auszug aus der Rede von Civar Akad: „Der Grund für unser Anliegen ist folgendes: Es ist eine sehr wichtige Frage, deren Antwort wir womöglich durch gemeinsame Beratungen bzw. Diskussionen finden. Darüber hinaus hätten wir die Möglichkeit zugleich Experten einzuladen, die uns informieren und beraten. Ich möchte hier nur kurz verdeutlichen, weshalb uns das Projekt Rojava so begeistert und uns die Städtepartnerschaft mit Qamişlo am Herzen liegt. ... Die Demokratische Autonomie Rojava, wurde von der Bevölkerung errichtet, nachdem das Assad-Regime von den Selbstverteidigungseinheiten der YPG und den Frauenverteidigungseinheiten der YPJ im Jahre 2012 vertrieben wurde. Die Bevölkerung Rojavas und die der Stadt Qamişlos, welche ein Mosaik aus vielen verschiedenen Ethnien und Religionen darstellt, einigten sich gemeinsam auf einen Gesellschaftsvertrag - was einer Verfassung gleichkommt...“

Die Menschen von Rojava haben es satt, sich der Fremdherrschaft zu unterwerfen und der Willkür von wechselnden Machthabern ausgesetzt zu werden. Sie möchten keine Spaltung entlang ethnischer- und religiöser-Grenzen. In Zeiten von PEGIDA, HOGESA und KO. Können wir von ihnen viel lernen, die Menschen haben beschlossen, diese Grenzen umzuwerfen und das Fundament für ein friedliches Leben in Selbstverwaltung zu legen. Die Menschen möchten ein würdevolles Leben in Eigenregie aufbauen...“

Die CDU wies darauf hin, dass man sich besser auf die Flüchtlinge hier vor Ort konzentrieren solle, fand letztlich trotzdem, dass es eine wichtige Initiative sei und man diese im Ausschuss diskutieren solle. Die SPD-Fraktion setzt lieber auf die Qualität der bestehenden Städtepartnerschaften, als auf eine neue Städtepartnerschaft, kann sich aber eine Städtekooperation durchaus vorstellen und stimmte daher ebenfalls der Überweisung in den Ausschuss für allgemeine Angelegenheiten zu. Auch die Grünen begrüßten den Antrag als Solidaritätsbekundung. Wir dürfen also gespannt sein auf die weitere Diskussion und das Ergebnis.

Antrag GöLi -Ratsfraktion für den Rat am 12.12.2014 ‚Kosten für Kunstquartier (KuQua)dürfen nicht zu Lasten der Soziokultur gehen‘

Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:

„Der Rat der Stadt Göttingen begrüßt die positive Entwicklung der Planungen für das KuQua. Die Verwaltung der Stadt Göttingen wird beauftragt im Vorfeld anstehender Entscheidungen die mit der Umsetzung des Projekts verbundenen Folgekosten detailliert aufzulisten. Dabei gilt der Grundsatz, dass diese Kosten nicht zu Lasten der allgemeinen städtischen Kulturförderung insbesondere zu Lasten der Soziokultur gehen.“

Des Weiteren ist sicherzustellen, dass im Zuge einer städtischen Förderung, die späteren Eintritts- und Nutzungskosten für alle Menschen erschwinglich sind. Dabei sollte auch eine Preisstaffelung möglich sein. Patrick Humke brachte den Antrag ein, zog diesen jedoch nach seiner Rede zurück, da die Verwaltung bereits im Vorfeld auf unsere Forderungen eingegangen war.“

Patrick Humke wies insbesondere darauf hin, dass unsere Forderung, die Kosten nicht zu Lasten der Soziokultur aufzubringen, mit der neuen Verwaltungsvorlage erfüllt werden könne und dass die Verwaltung bereits mehrfach öffentlichkeitswirksam in Ausschüssen und auch in der Ratssitzung versichert habe, dass dies nicht geschehen werde. Unsere Aufgabe wird sein, die weitere Entwicklung genau zu verfolgen und diese Zusicherung einzufordern.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

▶ Unter besonderem Schutz von Staat und Justiz!

Gewalt und Gewalttätern aus Reihen der Uniformierten drohen üblicherweise keine Sanktionen – auch nicht in Göttingen

Egal ob es die Todesschüsse von Ferguson auf einen unbewaffneten schwarzen Jugendlichen durch einen Polizisten, die Knüppelorgien der türkischen Polizei in Istanbul und anderswo, der körperverletzende Wasserwerfereinsatz der Polizeiführung in Stuttgart, oder die Beissattacken von Polizeihunden und das aggressive Vorgehen der BFE in Göttingen ist - in unserer viel gerühmten westlichen Wertegemeinschaft gilt, dass Gewalt durch Uniformierte fast immer unter dem besonderen Schutz der Justiz steht.

Da werden Befehlsnotstand, vermeintliche Notwehrtatbestände und sonst noch „an den Haaren herbeigezogene“ juristische Argumente bemüht, wortwörtlich sich gleichenden Aussagen von Polizeikollegen geglaubt und bei doch mal auftauchenden Widersprüchlichkeiten die unübersichtliche Situation gewürdigt. Da werden andererseits Sitzblockaden, verbale Äußerungen, nicht

beachtete Versammlungsaufgaben etc. von Demonstranten als Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch usw. teilweise strafrechtlich schärfstens geahndet. Ja, man versucht zwischenzeitlich selbst Kirchenasyl für Flüchtlinge zu kriminalisieren und rechtlich zu ahnden.

Und da klatscht man dem Papst im EU-Parlament zwar brav Beifall, wenn er mahnt und warnt, dass das Mittelmeer nicht zum Friedhof für Flüchtlinge verkommen darf, hält aber an den unseligen Dublin -Verordnungen fest, setzt nach einer kurzen Phase der italienischen Mission „Mare Nostrum“ wieder auf Abdrängung von Flüchtlingsbooten durch Frontex und schottet seine nationalen Grenzen soweit es geht systematisch ab.

Da werden wir von der Politik in Sonntagsreden zu einer humanen Willkommenskultur aufgefordert und gleichzeitig werden Menschen, die sich gegen Abschiebung von Flüchtlingen nicht nur verbal sondern auch real wehren, verfolgt und bestraft: Von ihnen wird „angemessenes Verhalten“ und „Verantwortungsbewusstsein“ selbst im Angesicht massiver Polizeieinsätze verlangt.

Wo bleiben denn solcherlei gleichlautende Erwartungen und Aufforderungen gegenüber den Einsatzkräften der in Göttingen noch unter der Ägide Schöne-manns installierten BFE? Wir haben doch zwischenzeitlich genügend Berichte und Hinweise für ihr Einsatzverständnis und ihrem Verhältnis zur Deeskalation.

Es ist leicht, Zivilcourage zu fordern, wenn sie im vollen Einklang mit den offiziellen Vorgaben steht; wendet sie sich aber gegen polizeiliche Übergriffe und Verletzungen der Menschenwürde, dann wird sie schnell zum Straftatbestand. Siehe das aktuelle Beispiel im Prozess um die Vorgänge der geplanten Abschiebung von Abidwaali S.

(gn)



Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Helmut Nebel,
Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 21. Januar, 19.00 Uhr
Rathaus Raum 112
Thema: Haushalt der Stadt Göttingen

▶ Mitteilungen des SprecherInnenkreises:

Der SprecherInnenkreis hat beschlossen, die satzungsgemäße Jahreshauptversammlung auf den 13. April 2015 einzuberufen. Im Mittelpunkt dieser JHV wird die Diskussion und Beschlussfassung zu den Kommunalwahlen 2016 sowie die Neuwahl des SprecherInnenkreises und der RevisorInnen stehen. Eine Einladung mit dem Vorschlag für eine Tagesordnung wird in der März-Ausgabe der Göttinger Blätter stehen.

.....
Da auf der Mitgliederversammlung am 11. August festgestellt wurde, dass die Spenden aus Mandatsgeldern um ca. 1.400 Euro pro Jahr zurückgehen, muss die Göttinger Linke an die Mit-NutzerInnen des Roten Zentrum wg einer neuen Verteilung der Mitkosten herantreten.

▶ Hasta la vista, Zwei-Grad-Limit?

vom 03.12.2014

Von Eva Bulling-Schröter, energie- und klimapolitische Sprecherin DIE LINKE im Bundestag

Zu Beginn der COP20-Weltklimakonferenz in Perus Hauptstadt Lima ist klar: Im Drehbuch der internationalen Klimapolitik lässt ein Happy End weiter auf sich warten. Die letzten Konferenz-Kapitel erzählen eine Geschichte klimapolitischer Rückschläge: 19 Jahre nach der COP1 in Berlin ist heute so viel CO2 in der Luft wie noch nie in der Menschheitsgeschichte. Der weltweite Kohlenstoff-Ausstoß ist auf historischem Allzeithoch. 2014 wird mit großer Wahrscheinlichkeit das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. Kann die Klimadiplomatie eine Erderwärmung über zwei Grad noch abwenden?

Ohne Erbarmen tickt die Klima-Uhr runter. 28 Jahre bleiben noch, dann ist die Klimagas-Konzentration nach Berechnungen des UN-Weltklimarates so hoch, dass das 2-Grad-Limit der Erderwärmung endgültig nicht mehr zu halten ist. Was passiert, wenn diese international anerkannte Zielmarke verfehlt wird, ist jedem Tagesschau-Gucker bekannt: Eisschmelze, steigende Meeresspiegel, Dürren, Hochwasser, Rekordsommer, Wirbelstürme, Todesopfer, Millionen von Klimaflüchtlingen und Milliarden an Wirtschaftsschäden. Und: Es sind die Ärmsten der Armen, die am meisten unter dem Klimawandel zu leiden haben.

Ungeachtet dieser Terminator-Bilanz bleibt der Grundton der Klimaretter-Gemeinde, ob Regierung, Journalisten oder Chef-Verhandler, weiter ungetrübt optimistisch. Lima sei so gut geplant wie keine Konferenz zuvor. In Südamerika wird der diplomatischen Choreographie folgend der Mega-Event Paris 2015 vorbereitet. Unterm Eiffelturm soll die COP21 mit großem Pomp ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls aufs Papier bringen. Aus Angst vor einer weiteren Blamage wie 2009 in Kopenhagen ist Freiwilligkeit das Wort der Stunde. Die Rechnung ist denkbar einfach: Weil Freiwilligkeit nicht weh tut, macht jeder mit. Bis März 2015 legen alle Staaten auf den Tisch, zu wieviel CO2-Einsparungen sie bereit sind. Diese Selbstverpflichtung soll im „Pariser

Abkommen“ zu Völkerrecht werden. Das ganze läuft auf einen leichten Baiser ohne Füllung hinaus: Einzig verpflichtend und bindend werden die einheitlichen CO2-Messmethoden sein. Sanktionsmechanismen für Klimasünder: Fehlanzeige!

Weil die Klimadiplomatie nicht endgültig zur Luftnummer werden will, wird jeder Strohalm, und sei er noch so klein, zur Trendwende, zum Durchbruch erklärt. Dass Klimabremser wie USA und China endlich zur Vernunft gekommen seien, habe das vor wenigen Wochen geschlossene Klimaschutz-Abkommen zwischen Washington und Peking gezeigt, vermelden Berufsoptimisten und Klimazyniker. Auch dass sich, nach zähem Geschacher zwischen Straßburger Parlament, der Kommission in Brüssel und den Mitgliedsstaaten die Europäische Union als klimafreundlich erwiesen habe. Im Oktober wurde vereinbart, die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern. Und dass eine jüngste Gemberkonferenz in Berlin für den globalen Grünen Klimafonds, aus dem Länder des Südens für den Umstieg auf Erneuerbare und Beseitigung von Klimafolgeschäden ab 2020 immerhin jährlich 100 Milliarden US-Dollar erhalten sollen, „schon“ zehn Milliarden zusammen gekratzt habe, wird als Erfolg verkauft.

So wichtig es ist, dass der Gesprächsfaden auf globalem Parkett nicht abreißt - die good news sind kaum mehr als business as usual. Dabei fordert der Weltklimarat eine „aggressive“ Klimaschutzpolitik. Ein spürbares Umsteuern hin zu Erneuerbaren Energien, weg von Öl, Kohle und Atom, ist in Europa nicht in Sicht. Ja, das verbesserte CO2-Reduktionsziel der Vereinigten Staaten geht in die richtige Richtung – doch viel zu wenig und zu spät, um das globale Zwei-Grad-Limit nicht zu überschreiten, zumal die Republikaner-Mehrheit in beiden US-Kammern eine verbindliche Annahme des bilateralen Klimaschutzziels auch nicht wahrscheinlicher macht.

Und der Gelbe Riese? Bis 2030 wird China wegen seines sprichwörtlich atemberaubenden Wachstums jedes Jahr

mehr CO2 ausstoßen. Erst dann wollen die KP-Oberen die Reißleine ziehen. Dass das sogar klimagerecht ist, daran besteht kein Zweifel. Chinas historische Klimaschuld ist bei weitem nicht so hoch wie die der Vereinigten Staaten. Wird die ausgelöste Erderwärmung pro Einwohner berechnet, liegt China weltweit auf Platz 19 der Klimasünder. Auch der aktuelle Pro-Kopf-Ausstoß Chinas ist rund halb so groß wie in den USA. Die Verlagerung schmutziger Produktion aus den reichen Industrieländern ins sich entwickelnde China schlägt besonders stark zu Buche. Was andere Länder wie Deutschland und die USA aus China importieren und konsumieren, ist für ein Viertel der chinesischen Treibhausgase verantwortlich.

Und hierzulande? Die Emissionen steigen wieder. 2013 war die Bundesrepublik nach Angaben des Bundesumweltamtes für 951 Millionen Tonnen Treibhausgase verantwortlich und liegt damit gerade mal 24 Prozent unter dem Niveau von 1990. Das Reduktionsziel, bis 2020 40 Prozent weniger CO2 auszustoßen wird aller Voraussicht nach verfehlt. Außenpolitik, also auch die Klimadiplomatie, gründet sich in der Innenpolitik. Hier könnte viel getan werden. Allein das Abschalten der drei schmutzigsten deutschen Kohlekraftwerke Niederaußern und Neurath in Nordrhein-Westfalen und Jänschwalde in Brandenburg würde mehr Treibhausgas einsparen als die Schweiz und Ecuador in einem Jahr zusammen in die Luft pusten. Die Reaktion der Bundesregierung auf die klaffende Klimaschutzlücke legt Zeugnis ab vom neoliberalen Zeitgeist, Ordnungsrecht gilt als Teufelszeug. Industrie und Energieunternehmen werden so weiter sträflich aus der Verantwortung gelassen. Die Große Koalition setzt bei Energieeffizienz und CO2-Reduktionszielen auf Freiwilligkeit der Wirtschaft, was der Streit der letzten Wochen zwischen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel über die Reduktionsbeiträge zum heute vorgestellten Klimaaktionsplan zeigt. Die Prioritäten von SPD-Parteichefs sprechen eine deutliche Sprache: Der kurzfristige Schutz des Wirtschaftsstandorts Deutschland geht vor langfristigem Klimaschutz.

Mañana, mañana! Morgen, morgen!“, mit dieser Haltung kommt man ganz angenehm durch den südamerikanischen Alltag. Ein Aufschieben klimapolitischer Notwendigkeiten aber, um das existentielle Zwei-Grad-Limit zu halten, kann sich die Menschheit schon lange nicht mehr leisten.

Quelle: <http://www.linksfraktion.de/im-wort-laut/hasta-la-vista-zwei-grad-limit/>

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

► Merkel gefährdet Europa

Von Michael Schlecht

Fünf Jahr nach dem Ausbruch der Eurokrise: Die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas verharrt auf Rekordständen. Die Eurozone befindet sich in einem wirtschaftlich höchst gefährlichen Preisverfall. Ohne einen Kurswechsel droht ein verlorenes Jahrzehnt. Möglicherweise noch Schlimmeres.

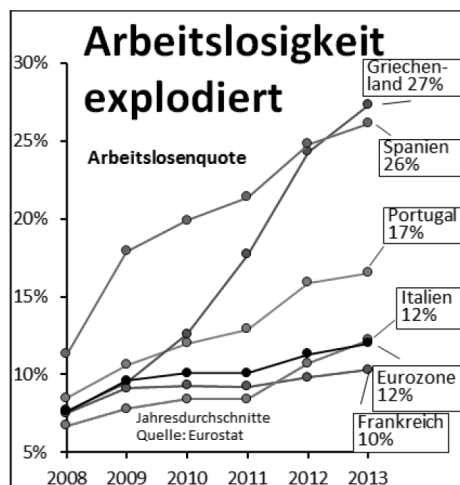
Viele hofften, dass in diesem Jahre die Eurozone aus der Krise heraus käme. Weit gefehlt. Die wirtschaftliche Entwicklung kommt nicht aus dem Keller. Und die soziale Katastrophe geht weiter: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Spanien und Griechenland bei mehr als 50 Prozent! Die Armut wächst in einem Ausmaß, den man in der Eurozone überwunden glaubte. Die Menschen in den südeuropäischen Ländern schwanken zwischen verzweifelterm Widerstand und Resignation. Deutschland schien bislang von all dem Unheil weitgehend abgekoppelt. Das Lahmen der Wirtschaft in Deutschland im Laufe des Jahre 2014 kam für viele in Politik, Medien und Wissenschaft scheinbar unvorbereitet. Warum eigentlich? Dachte wirklich jemand, Deutschland werde bei schwacher Entwicklung der Binnennachfrage und wegbrechenden Exporten in die Eurozone

dauerhaft schadlos bleiben? Immerhin gehen immer noch knapp 40 Prozent der Exporte in die Eurozone. Die von Merkel und Co. aufgeherrschten Kürzungsprogramme für die Eurozone mussten auf Deutschland zurückwirken. „Die Eurokrise ist vor allem eine Staatsschuldenkrise“, so Kanzlerin Merkel. Ihr Rezept: Kürzen auf Teufel komm raus. Die deutsche Regierung setzte durch, dass die Ausgaben der Staatshaushalte in den Krisenländern zusammengestrichen wurden. Betroffen sind vor allem soziale Leistungen, Rentnerinnen und Rentner sowie die Bezahlung und die Verringerung der Staatsbeschäftigten. Zum anderen wurden die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte auch der privaten Wirtschaft verschlechtert. Zu dem Arsenal der Maßnahmen gehören: Leiharbeit und Werkverträge sowie Befristungen ausweiten, Gewerkschafts- und Tarifrecht einschränken. Mindestlöhne reduzieren und Kündigungsschutz verschlechtern. Das Resultat: Die Löhne, gerade auch in der Privatwirtschaft wurden abgesenkt. Hierdurch wurde die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder gesteigert. Dies führte zwar zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition, sodass die Exporte stiegen. Gleichzeitig wurde mit den Lohn-, aber auch Sozialkürzungen die Nachfrage, die Kaufkraft massiv beschnitten und damit auch die Importe, auch aus Deutschland. Massiver Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage in ohnehin geschwächten Ökonomien lässt diese weiter abrutschen. So hinken oder sinken Steuereinnahmen, trotz Erhöhung der Steuersätze, und Sozialkosten steigen, trotz beständiger Kürzung der Sozialleistungen.

Die Neuverschuldung blieb bis 2013 hoch. Auch das von Merkel und Co.

ausgegebene Ziel die Staatsverschuldung zu senken, konnte so nicht erreicht werden. Dazu kommt, dass die fehlende Nachfrage auf die Preise drückt. Die Eurozone nähert sich gefährlich der Deflation, also einem Preisverfall. Einige Länder, wie Griechenland und Italien, sind bereits in der Deflation. Die extreme Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, mit der sie sich gegen die Deflation stemmt, ist das Spiegelbild der anhaltenden Eurokrise, die von der herrschenden Politik nicht gelöst wurde. Mittlerweile ist auch die europäische Zentralbank mit ihrem Latein am Ende. Die für die Zentralbank ungewöhnlichen Appelle zu höheren Löhnen und mehr öffentlichen Investitionen sind nur Ausdruck dessen. Die brutale, krisenverschärfende Kürzungspolitik muss beendet werden. Einen sofortigen Stopp der Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen sowie der Massenentlassungen ist dringend nötig. Die von Deutschland ausgehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind die zentrale Ursache der Krise. Ohne ihre Überwindung können die Probleme der europäischen Wirtschaft nicht grundlegend gelöst werden. Zentrale Richtschnur muss die Stärkung der Binnenwirtschaft in Deutschland sein. Dies beinhaltet vor allem deutlich höhere Lohnsteigerungen und öffentliche Investitionen.

Michael Schlecht, MdB, ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Der Kommentar ist eine Zusammenfassung zum aktualisierten Positionspapier „Merkel gefährdet Europa“, das auf www.michael-schlecht-mdb.de heruntergeladen werden kann.



2013 waren über 19 Millionen Menschen in der Eurozone arbeitslos gemeldet. Das waren knapp sieben Millionen mehr als vor Ausbruch der Krise. Viele Arbeitslose werden in der Statistik nicht erfasst; die tatsächlichen Zahlen dürften höher liegen.

**Europabüro
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

▶ Weltklimatag und TTIP

Beim Weltklimatag, am 6. Dezember, sammelten die Göttinger Linke, DIE LINKE. (organisiert vom OV Göttingen) und die DKP am Kornmarkt Unterschriften gegen das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA mit der Kurzbezeichnung „TTIP“.

Das geplante Abkommen würde soziale, ökologische und Verbraucherschutzstandards erheblich absenken, die Profitinteressen von Konzernen über das öffentliche Gemeinwohl stellen und die kommunale Daseinsvorsorge durch Privatisierungen erheblich verschlechtern.

Auf EU-Ebene ist für Volksbegehren an die EU-Kommission die Europäische Bürgerinitiative (EBI) vorgesehen, wenn insgesamt mehr als eine Million Unterschriften und jeweils Quoren von etwa der 750fachen Zahl der EU-Abgeordneten (Dtl: 74.250) in sieben Staaten erreicht werden.

Mittlerweile hat die offiziell nicht anerkannte Europäische Bürgerinitiative

gegen TTIP und CETA (ein ähnliches Abkommen mit Kanada) insgesamt innerhalb weniger Wochen dieses Ziel erreicht und mehr als die benötigte Million Unterschriften gesammelt, davon mehr als die Hälfte in Deutschland. In sieben weiteren EU-Staaten, darunter auch Großbritannien und Frankreich, wurde bei Redaktionsschluss Mitte Dezember das notwendige Quorum ebenfalls erreicht.

In Göttingen wurden am Nikolaustag immerhin knapp 100 Unterschriften gesammelt. Eingebettet war die Aktion in den diesjährigen bundesweiten Weltklimatag, der jedes Jahr auch in Göttingen unter Beteiligung der LINKEN anlässlich der alljährlichen Weltklimakonferenzen (diesmal in Lima) begangen wird, um für einen wirksamen weltweiten Klimaschutz zu demonstrieren. Teilnehmer waren neben der GöLinken unter anderem die Umweltgewerkschaft als Hauptorganisator und die Anti-Atom-Initiative Göttingen. In den letzten Jahren hatten sich wesent-

lich mehr Organisationen wie vor allem die Naturfreunde oder auch Greenpeace beteiligt. Dieses Jahr war offensichtlich zu wenig für den Weltklimatag mobilisiert worden.

In der kurzen Kundgebung hatte Dr. Eckhard Fascher für DIE LINKE in seiner Rede darauf hingewiesen, dass TTIP und CETA es deutlich erschweren würden, wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz durchzusetzen. So könnten Mindeststandards zur Energieeffizienz kaum noch durchgesetzt werden, Konzerne könnten vor so genannten unabhängigen Schiedsgerichten beispielsweise gegen eine Begrenzung von Fracking klagen. Interessen von Konzernen zählen eben mehr als die der Menschen.

Abzuwarten bleibt, ob der Kreistag nach Redaktionsschluss am 17.12. nach einem Antrag der LINKEN eine Resolution zu TTIP und dessen Auswirkungen auf die Kommunen verabschiedet haben wird. Eine solche Resolution hatte der Göttinger Stadtrat bereits im Oktober verabschiedet.

EF

▶ Schriftsteller Bittner warnt vor weiterer Eskalation des Ukraine-Konfliktes

Am 8. Dezember führte der Göttinger Rosa-Luxemburg-Club eine Lesung des bekannten Göttinger Schriftstellers Wolfgang Bittner zur Ukraine-Krise durch.

Bei der mit über 70 Teilnehmern sehr gut besuchte Veranstaltung im Holbornschen Haus, las der Schriftsteller aus seinem vor wenigen Wochen erschienenen Sachbuch „Die Eroberung Europas durch die USA“. Eckhard Fascher hatte die Moderation übernommen.

Trotz des provokanten Titels geht es Bittner nicht um eine einseitige Abrechnung mit den USA und eine Bagatellisierung der Rolle der EU als Juniorpartner. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Sorge vor einer weiteren Eskalation des Konfliktes. Faktenreich belegt er, dass in den hiesigen Medien eine einseitige negative Darstellung Russlands vorherrscht. Dabei

würden die Rolle der USA und ihrer Verbündeten beim Sturz der gewählten Regierung der Ukraine ebenso ausgeblendet wie die massive Beteiligung von ukrainischen Faschisten an den Maidan-Ereignissen und der neuen Regierung. Ignoriert wurden beispielsweise auch Vorschläge der russischen Regierung zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum von EU und Russland.

In der Diskussion ging es auch um die Rolle Deutschlands. Hier wurde mit dem ehemaligen Boxweltmeister Klitschko, ein von der Adenauerstiftung unterstützter Kandidat für die Präsidentschaft, ins Spiel gebracht, der dann aber gegenüber den amerikanischen Interessen chancenlos blieb.

Viele Medien schüren durch eine einseitige und verzerrte Berichterstattung eine Kriegsstimmung gegenüber Russland.

In der Diskussion fiel der Vergleich mit 1914. Notwendig ist aber eine Deeskalation der Situation unter Berücksichtigung russischer Interessen. Für Deutschland und die EU ist ein gutes Verhältnis zu Russland eine ökonomische Notwendigkeit und eine Lehre aus der Geschichte.

Das Buch: Wolfgang Bittner, „Die Eroberung Europas durch die USA“, VAT Verlag, 12,90 Euro.



Wissenschaftliches Gutachten:

► Mietpreissteigerungen und Segregationsprozesse in Göttingen

Es ist nicht nur linke Panikmache: Dank eines am Geographischen Institut der Uni Göttingen erstellten Gutachtens haben wir nun genaue Kenntnisse über die Mietpreissteigerungen in den einzelnen Stadtteilen und die damit verbundene Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten.

In seiner Pressemitteilung stellt Der Lehrbeauftragte des Geographisches Instituts der Universität Göttingen, der Dipl. Geograph Michael Mießner, die Forschungsergebnisse über „Mietpreissteigerungen und Segregationsprozesse in Göttingen. Ursachen, Entwicklungen und Folgen“ dar:

So sind am Geographischen Institut Göttingen im Sommersemester 2014 die Entwicklungen auf dem Göttinger Mietwohnungsmarkt und die Segregationsprozesse in der Stadt erforscht worden..

Die Ergebnisse hat der Geograph wie folgt zusammengefasst:

1. „Der durchschnittliche Angebotsmietpreis 2014 liegt bei 8,88 Euro/m². Dies entspricht einer Mietpreissteigerung gegenüber dem Vorjahr von 10,86 %. Sowohl der Angebotsmietpreis als auch die Steigerungsrate sind im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich.

2. Die höchsten Mietpreise weisen die Nordstadt mit mehr als 11,61 Euro/m² und die Innenstadt mit 10,40 Euro/m² auf,

gefolgt von Weende mit 9,72 Euro/m². Die Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr sind in diesen Stadtteilen mit über 14 % auch die höchsten in Göttingen. Als Grund für diese sowohl hohen Mietpreise als auch Mietpreissteigerungen konnte das Ausnutzen der Fluktuation der Studierenden durch die Vermieterinnen und Vermieter identifiziert werden.

3. Dies hat zur Folge, dass Familien aus drei-, vier- und fünf-Zimmerwohnungen verdrängt werden. Gerade durch Wohngemeinschaften sind Studierende in der Lage höhere Mieten zu bezahlen als beispielsweise Familien mit nur einem Einkommen. Folglich werden große Wohnungen immer häufiger an Studierende und seltener an Familien vermietet. Familien werden so genötigt in Wohneigentum zu investieren, sofern es ihnen möglich ist.

4. Mit den Mietpreissteigerungen sind auch soziale Segregationsprozesse verbunden. Die Segregation schreitet seit Jahren voran, die einzige Ausnahme

bildet die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund. Transferleistungsempfänger_innen werden aus Weende und Geismar immer mehr in die Weststadt und Grone verdrängt. Der Anteil der Studierenden nimmt in der Innenstadt, der Nordstadt und in Weende weiter zu. Studierende sind also eine vergleichsweise zahlungskräftige Bevölkerungsgruppe, der es im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsgruppen möglich ist, ihre Wohnortwünsche in Göttingen noch am ehesten umzusetzen.

5. Hintergrund dieser Dynamik auf dem Göttinger Wohnungsmarkt ist, dass im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise Immobilien zunehmend als sichere Kapitalanlage gelten. Dies hatte zur Folge, dass Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland zunächst in die Ballungsräume und Metropolen flossen. Seitdem dort die Renditen sinken, rücken Universitätsstädte und Regionalzentren, sogenannten B-Lagen-Städte, zunehmend in den Fokus der Anleger_innen.“

Die dazugehörige Powerpoint-Präsentation ist auf der homepage von Hr. Mießner verfügbar:

<http://www.uni-goettingen.de/de/michael-mie%C3%9Fner/129306.html>

Der Aufsatz (Fehlberg/Miessner 2015) ist unter folgendem Link als PDF im Internet downloadbar:

www.uni-goettingen.de/de/document/download/2397f365b4d68fd7bdfca8759ba52caf.pdf/Fehlberg_Miessner_2015_Wohnungsmarkt_Goettingen_Vorabveroeffentlichung.pdf

► Fracking – ein weiteres Verbrechen an der Menschheit

Nun auch der leise Einstieg in der Bundesrepublik

Noch niemand weiß, wie wir die nach uns kommenden Generationen vor unserer strahlenden Hinterlassenschaft aus der Ära der Atomkraftwerke schützen können, da bahnt sich eine weitere menschengemachte Umweltkatastrophe an: Fracking, eine hochgiftige in ihren Auswirkungen noch kaum bekannte und erforschte Methode der Gasförderung, soll nun auch in Deutschland ermöglicht werden.

Nachdem Niedersachsen schon zum „Atomklo“ der Republik wurde, wird auch

Fracking vorrangig in den norddeutschen Regionen zum tragen kommen. „Probebohrungen“ laufen ja ausgerechnet schon wieder im Wendland und um Salzgitter herum.

Ausmaß und Folgen von Fracking kann man sich anhand des amerikanischen Dokumentarfilmes „Gasland“ verdeutlichen. Da wird ein hochgiftiger Chemiecocktail aus über 500 Substanzen in die Erde gedrückt, um Gas aus Gesteinshohlräumen zu drücken. Da werden Grundwasserverseuchung billigend in Kauf genommen und bisher noch kleinere

Beben und Erdrisse als Bagatellerscheinungen abgetan. Die Argumentation wie gehabt: Sollen doch die Geschädigten mal nachweisen, dass daran Fracking ursächlich beteiligt war.

Mit dem Beschluss der Bundesregierung Fracking „mit Auflagen“ nun auch hier zu erlauben, kommt die große Koalition dem Druck der Wirtschaft entgegen und legt uns und den nachfolgenden Generationen – wie mit der Nutzung der Atomenergie – ein „Kuckucksei ins Nest“, deren Risiken und Folgeschäden heute noch niemand ernsthaft beurteilen kann.

Ist das Nachhaltigkeit gepaart mit Verantwortungslosigkeit?

Wir wendet uns gegen diesen Beschluss des Bundeskabinetts und lassen uns auch nicht von den angeblich hohen Auflagen und „strengsten Regelungen“ einlullen. (gn)